Niedersächsisches Landesjugendamt
- Der Landesjugendhilfeausschuss –

Hannover, den 30.08.2018

Ergebnisprotokoll

der Sitzung 18/3 des Nds. Landesjugendhilfeausschusses (NLJHA) in der 18. Legislaturperiode

Datum:	30.08.2018
Beginn:	13:45 Uhr
Ende:	18:00 Uhr
Sitzungsort:	Universität Göttingen, Hiroshimaplatz 1 - 4, 37083 Göttingen
Teilnehmer/-innen:	siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleitung:	Andrea Buskotte
Geschäftsführung:	Lisa Schwarzer
Anlagen zum Protokoll:	- Anwesenheitsliste - Präsentation Fortbildungsstatistik 2018 - Präsentation Netzwerk Frühe Hilfen - Präsentation Meldung nach § 47 SGB VIII - Vordruck Meldepflicht gem. § 47 SGB VIII - Broschüre Sexuelle Grenzverletzungen in niedersächsischen Schulen - https://www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de/home/ - http://www.datenreport-monitoring.de/#kapitel-4 - https://beauftragter-missbrauch.de/?id=57&tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&tx_news_pi1[news]=232&cHash=841dde9333cfa8203b607704f0715289

Bestätigte Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

TOP	Inhalt
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3	Genehmigung der Tagesordnung
4	Genehmigung der Ergebnisniederschrift der Sitzung vom 05.06.2018
5	Bericht der Verwaltung
6	Fortbildung des Landesjugendamtes: Rückblick und Herausforderungen für die Zukunft (Informationsvorlage 2/18)
7	Qualitätsentwicklung in den Frühen Hilfen
	Pause
8	Meldungen gem. §47 S. 1 Nr. 2 SGB VIII -Auswertung 2017-
9	Bericht Unterausschuss 1: Überlegungen zum Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe
10	Priorisierung der Themen des Unterausschusses 3 (Beschlussvorlage 12/18)
11	Berichte aus den Unterausschüssen
11	Berichte aus den Vertretungsgremien: a. Lenkungsgruppe zur Landesjugendhilfeplanung b. Steuerungs-AG des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Menschenrechte c. Kinderkommission
12	Verschiedenes
	Sitzungsende
15	Mitteilungen – Anfragen – Bestimmungen der zu veröffentlichenden Punkte

TOP	Inhalt	Ergebnisprotokoll
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	Frau Buskotte begrüßt die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses sowie alle Gäste. Für die zahlreichen Gäste erläutert die Vorsitzende, dass der Landesjugendhilfeausschuss die Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter aus Niedersachsen und Bremen (AGJÄ) nutzt, um den Ausschuss in der Fachöffentlichkeit zu präsentieren und eine Teilnahme an der Sitzung für Fachkräfte zu ermöglichen.
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit	Frau Buskotte stellt fest, dass 13 stimmberechtigte Mitglieder und zwei beratende Mitglieder anwesend sind. Es wurde ordnungsgemäß geladen.
3	Genehmigung der Tagesordnung	Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung. Frau Buskotte weist darauf hin, dass aufgrund der Struktur der Arbeitstagung auf die korrekte Zeiteinhaltung und Tagesordnungspunkt-Abfolge geachtet wird. **Beschluss: Die Tagesordnung wird genehmigt.** **Ergebnis: einstimmig**
4	Genehmigung der Ergebnisniederschrift der Sitzung vom 05.06.2018	**Beschluss: Die Ergebnisniederschrift vom 06.06.2018 wird genehmigt.** **Ergebnis: einstimmig**
5	Bericht der Verwaltung	<u>Leitung Landesjugendamt</u> Herr Niersmann ist als Leiter des Landesjugendamtes ab dem 01.09.2018 im Ruhestand. Die Wiederbesetzung ist derzeit im Verfahren, bis dahin nimmt Herr Dr. Härdrich als Abwesenheitsvertreter diese Aufgaben wahr. <u>Kostenerstattung UMA</u> Das Projekt ist seit dem 01.07.2018 wieder Teil des Landesjugendamtes. Derzeit sind circa 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt. Vorgegebenes Ziel ist es, die vorliegenden Rechnungen für die Jahre 2016 und 2017 bis Ende des Jahres bearbeitet und beglichen zu haben. Derzeit werden vor allem Anerkenntnisse erteilt, damit dann auch Rechnungen vorliegen, die bezahlt werden können. Derzeit liegen in 8.353 Akten 9.085 Anträge zur Kostenerstattung nach § 89 d 1 SGB VIII vor.

		In 3.974 Akten wurden Anerkenntnisse erteilt und die dazugehörigen Rechnungen gezahlt bzw. vom Abschlag abgebucht. Weitere 1.077 Akten sind in Bearbeitung (Unterlagen angefordert). Der Landesrechnungshof hat die Kostenerstattung geprüft und einige Hinweise zur Verfahrensänderung gemacht, aber keine grundsätzliche Kritik am bisherigen Verfahren geäußert. <u>Kinder- und Jugendkommission</u> Seit Juni 2018 ist die Kinder- und Jugendkommission über das SGB VIII gesetzlich verankert. Die Berufung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder erfolgt durch das MS. Die Geschäftsstelle ist besetzt; die konstituierende Sitzung soll am 30. Oktober im Beisein der Ministerin stattfinden. <u>Jugendarbeit</u> Die BAG Landesjugendämter hat Frau Andrea Berger-Nowak das Mandat der Vertretung der Landesjugendämter in dem sich konstituierenden Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit erteilt: In dem Bundesnetzwerk sind die bundeszentralen Träger der Kinder- und Jugendarbeit vertreten. Die Initiierung erfolgte u.a. von Prof. Dr. Rauschenbach. Ziel des Bundesnetzwerkes ist die fachliche und fachpolitische Profilierung und Verortung der Kinder- und Jugendarbeit innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe, die Sichtbarkeit der gesellschaftlichen Relevanz von Kinder- und Jugendarbeit, die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Kinder- und Jugendarbeit und die Stärkung der Ausbildung an Universitäten und Hochschulen und die regelmäßige Planung und Durchführung des Bundeskongresses Kinder- und Jugendarbeit. Das Modellprojekt „Qualitätsentwicklung der Jugendarbeit in Niedersachsen im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung“ arbeitet im letzten Projektjahr: Um allen Akteuren der Jugendarbeit Gelegenheit zu geben, sich über Inhalte, Entwicklungen und Erkenntnisse im Modellprojekt zu informieren und letzte wertvolle Impulse zu geben,

		veranstaltet das Nds. Landesjugendamt das 2. Transferforum zum Modellprojekt. Anknüpfend an die Projektprozesse, findet dies mit dem Titel „Jugendarbeit in der Kommune“ vom 26. – 27. Oktober 2018 statt. Im Frühjahr 2019 erfolgt dann eine abschließende Fachtagung, auf der die Ergebnisse des Modellprojekts der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden. <u>Neue Kinderschutzzentren</u> Das Kinderschutz-Zentrum in Osnabrück hat sich aus einem örtlichen Beratungsangebot heraus entwickelt und übernimmt nun zusätzlich die Qualifizierung von Fachkräften in der umliegenden Region. Der Zuwendungsbescheid wurde persönlich von der Sozialministerin Fr. Dr. Reimann vor Ort überreicht. Die Eröffnung des mobilen Kinderschutzzentrum in Nord-Ost-Niedersachsen fand Ende Juni im Rahmen eins Festaktes statt, bei dem auch das LJA vertreten war. Die aktuellen Standorte sind Lüneburg und Stade, das Team soll aber künftig im gesamten ländlichen Raum Nordostniedersachsens tätig sein. Damit wird ein Beitrag zu einer stabilen Infrastruktur im ländlichen Raum geleistet.
6	Fortbildung des Landesjugendamtes: Rückblick und Herausforderungen für die Zukunft (Informationsvorlage 2/18)	Herr Dr. Härdrich gibt einen Überblick über die Fortbildungen des Landesjugendamtes der vergangenen Jahre. Unter anderem stellt er eine Fortbildungsstatistik aus den Jahren 2002 bis 2017 mit einer Rückschau über Veranstaltungen, Anmeldezahlen und das Anmeldeverhalten der Teilnehmenden vor. Herr Dr. Härdrich setzt auch die Anzahl der Veranstaltungen mit den Veranstaltungen aufgeteilt nach Teams und Fachbereichen in Verbindung und führt die teils unterschiedliche Ausprägung von Angeboten auf die personelle Ausstattung und Aufgabenverteilung in den Teams zurück. Er stellt fest, dass eine qualitative Auswertung der Fortbildungen und Steuerung nur begrenzt möglich ist. Herr Härdrich kündigt an, dass das vom Landesjugendhilfeausschuss vorgegebene Schwerpunktthema Inklusion im Fortbildungsprogramm 2019 in einem neuen Kapitel zusammengeführt wird.

		Frau Buskotte teilt mit, dass das Schwerpunktthema des Fortbildungsprogramms 2020 auf der nächsten Sitzung am 23. Oktober 2018 festgelegt wird. Sie bittet nochmals alle Unterausschüsse um Vordiskussion und Vorschläge.
7	Qualitätsentwicklung in den Frühen Hilfen	Herr Dr. Härdrich informiert den Landesjugendhilfeausschuss über die neue Förderphase und den bisherigen Zeitablauf der Bundesförderung. Zum 1. Oktober 2017 wurde eine Bundesstiftung Frühe Hilfen eingerichtet, die auf einer Verwaltungsvereinbarung des Bundes mit den Bundesländern mit Wirkung zum 1. Januar 2018 basiert und nun Leistungsleitlinien für die Förderungen vorgibt. Diese setzen verbindliche Strukturen in Form eines Netzwerkes in den Kommunen sowie eine schriftlich fixierte verbindliche Zusammenarbeit voraus. Zudem ist die Landeskoordinierungsstelle angehalten, Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung prioritär voranzutreiben. Bei einigen Kommunen gibt es aufgrund der nicht ausreichend entwickelten Strukturen Irritationen über die von der Landeskoordinierungsstelle ausgestellten Bescheide. Die Landeskoordinierungsstelle Frühe Hilfen hat im Juli und August zwei Qualitätsworkshops in Hannover und Bremen durchgeführt, auf denen gemeinsame Standards für die Qualitätsentwicklung entwickelt wurden, um die Leitlinien des Bundes auszufüllen. Problem dabei sind dabei die regional unterschiedliche Bedingungen im Flächenland Niedersachsen.
8	Meldungen gem. §47 S. 1 Nr. 2 SGB VIII - Auswertung 2017 -	Frau Sommer informiert zu den Meldepflichten nach § 47 S. 1 Nr. 2 SGB VIII , wonach der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung der zuständigen Behörde unverzüglich Ereignisse und Entwicklungen zu melden hat, die geeignet sind, das Wohl der Kinder zu beeinträchtigen. Frau Sommer erläutert den Begriff der Kindeswohlgefährdung und benennt Beispiele für Gefährdungssituationen in der Praxis von Kindertageseinrichtungen. Eine Auswertung der in 2017 beim Fachbereich II des Landesjugendamtes (Ref. 52, MK) eingegangenen Meldungen wird vorgestellt. Die Mitglieder diskutieren die Ergebnisse und bitten um eine jährliche Berichterstattung.

		Nachtrag zur Berichterstattung: Frau Sommer stellt richtig, dass das Landesjugendamt keinen Zusammenhang von Meldungen gem. §47 S. 1 Nr. 2 SGB VIII in Bezug auf Trägerschaft einer Einrichtung, pädagogischen Konzepten oder Einrichtungsgrößen erkennt. Frau Lorenz weist auf bereits erarbeitete Broschüren des Kultusministeriums zum Umgang mit sexuellen Grenzverletzungen sowie Informationen zu Hintergründen, Zielen und Maßnahmen der Kampagne des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) hin, der sich das Land Niedersachsen angeschlossen hat.
9	Bericht Unterausschuss 1: Überlegungen zum Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe (Informationsvorlage 3/18)	Herr Hillert stellt erste Überlegungen zur Umsetzung eines Gesamtkonzeptes aus dem Unterausschuss 1 vor. Bisher wurden die folgenden Teilstrukturen herausgearbeitet: 1) Zielbeschreibung: Entwicklung von Zielen 2) Sozialstrukturbeschreibung: Darstellung der Lebenslagen von jungen Menschen 3) Situationsbeschreibung in den Feldern der Kinder- und Jugendhilfe, (behördliche) Strukturen 4) Bereichs- und Projektplanung: Umsetzung bedarfsgerechter Angebote (Instrumente) Für die Erstellung eines Gesamtkonzepts wird das Jahr 2019 zeitlich einkalkuliert. Eine Klausur wird im ersten Quartal 2019 eine inhaltliche Bearbeitung ermöglichen. Für die Klausur und ggf. die weitere Bearbeitung der Ergebnisse aus der Klausur wird eine externe Unterstützung benötigt. Der Landesjugendhilfeausschuss hat für solche Vorhaben Projektgelder, die dafür genutzt werden könnten. Von der Gesamtsumme der Finanzierung hängt auch ab, in welchem Umfang das Gesamtkonzept bearbeitet werden kann. Die Entscheidung über die inhaltliche Ausrichtung wird in einer Runde der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Unterausschüsse sowie der Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses getroffen. Die Geschäftsstelle vereinbart einen Termin in Verbindung mit einem Ad-hoc-Ausschuss für die Kinder- und Jugendkommission Ende September/ Anfang Oktober.

10	Priorisierung der Themen des Unterausschusses 3 (Beschlussvorlage 12/18)	Frau Lüpke stellt die fachlichen Schwerpunkte der künftigen Arbeit des Unterausschusses vor. Die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses stimmen diesem Vorschlag zu und beauftragen ihn mit den in der Beschlussvorlage aufgeführten Arbeitsaufträgen. Der Umfang der Themen wird durchaus kritisch gesehen.
11	Berichte aus den Unterausschüssen	<u>Unterausschuss 1:</u> Herr Hillert berichtet in Ergänzung zum TOP 9 von einer Nachbesprechung über die Erstellung des Schreibens an MS zum Behindertengleichstellungsgesetz, welches aufgrund der Sommerzeit weder im Unterausschuss noch im Landesjugendhilfeausschuss inhaltlich diskutiert werden konnte. <u>Unterausschuss 2:</u> Herr Bertram teilte mit, dass es seit der letzten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses keine Unterausschusssitzung gab. Die nächste Sitzung sei für den 17.09.2018 terminiert. <u>Unterausschuss 3:</u> Der Unterausschuss 3 hat sich seit der letzten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses zweimal getroffen. Frau Lüpke berichtet, dass in der Juni-Sitzung Vertreter des Kultusministeriums eingeladen wurden, um den „Niedersachsen-Plan- Mehr Fachkräfte für die Kita“ vorstellen zu lassen. Zwei Stellungnahmen wurden im Umlaufverfahren abgestimmt (zur Richtlinie Brücke und zur 2.DVO KiTaG). In der August-Sitzung wurde zudem mit dem Auftrag des Landesjugendhilfeausschusses begonnen, Empfehlungen zur strukturellen Ausgestaltung von Fachberatungen zu entwickeln. Hier erfolgt demnächst die Vorstellung im Landesjugendhilfeausschuss. <u>Unterausschuss 4:</u> Herr Baier berichtet über die letzte Sitzung des Unterausschusses 4. Der Unterausschuss hat sich darauf verständigt, eine kommunale Vertreterin als ständiges beratendes Mitglied in den Unterausschuss aufzunehmen. In der kommenden Sitzung des NLJHA wird eine entsprechende Vorlage eingebracht werden. Außerdem ist

		der Auftrag, ein Verfahren der Bewertung von grundständigen Sozial- und Erziehungsberufen zur Fachkraftbestimmung für den Bereich der stationären Hilfen zur Erziehung zu entwickeln, weiter voran geschritten. In der Dezember Sitzung wird der UA 4 hierzu einen Vorschlag abschließend beraten. Der Unterausschuss 4 hat außerdem erste Überlegungen zur Bearbeitung des Themas „Integration von unbegleiteten Minderjährigen, Flüchtlingsfamilien und Familien mit Migrationshintergrund“ angestellt. Gemeinsam mit externen Sachverständigen wird der Ausschuss hierbei in der nächsten Sitzung mit der Erarbeitung beginnen. Im Berichtszeitraum wurde darüber hinaus die Stellungahme zum Erlass „Hilfen nach den §§ 34, 35, 35 a Abs. 2 Nr. 4 und 41 SGB VIII; Festsetzung der monatlichen Barbeträge (Taschengeld)“ erarbeitet und durch den NLJHA im Umlaufverfahren angenommen.
12	Berichte aus den Vertretungsgremien: a. Lenkungsgruppe zur Landesjugendhilfeplanung b. Steuerungs-AG des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Menschenrechte c. Kinderkommission	<u>a. Lenkungsgruppe zur Landesjugendhilfeplanung:</u> Der 5. Basisbericht mit den Schwerpunkten Sozialstruktur und Hilfen zur Erziehung ist Mitte Juli veröffentlicht worden. Den Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses wurde jeweils ein Exemplar zugesandt. Bei Bedarf können weitere Exemplare über das Sozialministerium angefordert werden. Bezüglich der Themenfindung für einen neuen Vertiefungsbericht hat das Sozialministerium die Lenkungsgruppe Landesjugendhilfeplanung im Juni über die Überlegungen zu einem Bericht zur Pflegekinderhilfe - Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII per E-Mail informiert. Die Rückmeldungen der Mitglieder der Lenkungsgruppe sind grundsätzlich positiv. Da beabsichtigt ist, mit der Erstellung des Berichtes das Landesjugendamt zu beauftragen, wurde im Anschluss das Landesjugendamt gebeten, ein Konzept für die Erstellung des Berichtes vorzulegen. Das Konzept liegt dem Sozialministerium vor und wird derzeit geprüft. Frau Schwarzer informiert außerdem über den Stand der Umsetzung des Modellprojekts „Partizipative Entwicklung von fachlichen Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe nach § 79a SGB VIII“. Die Projektlaufzeit in den Modellkommunen ist beendet. Mit den Modellkommunen fand Ende August ein Abschlussworkshop

		in Loccum statt, auf dem gemeinsame Qualitätsstandards für die Arbeit in einem Jugendamt entwickelt wurden. Die entwickelten Instrumente und Ergebnisse aus den Modellstandorten und dem Abschlussworkshop werden derzeit in Empfehlungen des Landesjugendamtes niedergeschrieben. Diese werden auf dem Fachtag „Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe – Präsentation der Ergebnisse“ am 20. November 2018 vorgestellt und veröffentlicht. <u>b. Steuerungs-AG des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte:</u> Herr Bertram teilt mit, dass es bisher eine konstituierende Sitzung gab. Bisher haben keine weiteren Steuerungssitzungen stattgefunden. <u>c. Kinder- und Jugendkommission</u> Frau Buskotte teilt mit, dass das Sozialministerium nach interner Abstimmung einer Pool-Lösung mit zwei bis drei Expertinnen und Experten als stellvertretende Mitglieder der Kinder- und Jugendkommission zugestimmt hat. Das Sozialministerium bittet darum, das entsprechende Verfahren zur Benennung der stellvertretenden Mitglieder durch den Landesjugendhilfeausschuss in der Sitzung einzuleiten. Frau Buskotte bittet alle Mitglieder um Personalvorschläge über die Geschäftsstelle bis zum 21.09.2018. Die konstituierende Sitzung der Kinder- und Jugendkommission wird am 30.10.2018 in der Zeit von 14:00 bis 18:00 Uhr stattfinden.
13	Verschiedenes	a. <u>Expertenhearing Fachkräftebedarf</u> Das Expertenhearing findet wie geplant am 18.09.2018 statt. Angemeldet haben sich bisher 31 Personen. b. <u>Termine 2019</u> Die Termine für das Jahr 2019 werden bekannt gegeben: Klausur: 22.01.2019 18/6 21.03.2019 18/7 13.06.2019 18/8 27.08.2019 18/9 19.11.2019

		Frau Buskotte bittet die Unterausschüsse um die Berücksichtigung dieser Termine bei der Planung der Sitzungstermine. c. <u>Stand der Anfragen und Anträge</u> - Der Landesjugendhilfeausschuss Schleswig-Holstein hat nach seiner Anfrage bisher keine weitere Rückmeldung gegeben. - Kinderpflegerinnen und -pflegen als Drittkräfte in Kitas: Diese Anfrage wurde bereits in der letzten Legislaturperiode bearbeitet. - Anfrage zur Gebärdensprache: Das Sozialministerium und Landesamt für Soziales befinden sich hier zurzeit im Verfahren, da das Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte ein konzeptionelles Angebot entwickelt. Der Landesjugendhilfeausschuss wird darum in diesem Segment erst einmal keine neuen Maßnahmen anregen. - Anleitende Fachkräfte in den Kita-Praxisstellen: Der Unterausschuss 3 arbeitet hierzu zurzeit. - Päd. Fachberatung in der Kindertagesbetreuung: Der Unterausschuss 3 arbeitet hierzu zurzeit. d. <u>Bericht aus dem Forum Frühkindliche Bildung</u> Frau Buskotte und Frau Lüpke berichten aus dem Forum Frühkindliche Bildung. Die Auftaktveranstaltung fand am 27.8. statt. Dabei gab das Kultusministerium den Teilnehmenden Gelegenheit, Fragen und Hinweise zum Thema "Ausbildung und Berufszugang" zu formulieren. Die Folgeveranstaltung zu diesem Thema ist für den Herbst 2018 angekündigt. Frau Buskotte dankt den Ausschussmitgliedern für die Beiträge und die Diskussion und allen interessierten Gästen für die Teilnahme und schießt die Sitzung. gez. Buskotte Vorsitzende NLJHA gez. Schwarzer Geschäftsführerin NLJHA